

Wider den Wucher.

So widerwärtig Kriegswucher und Kriegswucherer sind, so zwingt doch jeder Tag von neuem, zwingen die Klagen von allen Seiten, immer wieder von diesen elken Dingen zu reden. Keine Stunde vergeht, ohne daß diese Klagen mündlich oder schriftlich uns zugetragen werden, ohne daß man unverschüchert durch irgendeine Ahnung, unter welchen beengenden Verhältnissen eine Zeitung heute ihre Pflicht zu tun versuchen muß — uns an diese Pflicht mahnt, die es erheische, früh und spät gegen den nationalen Krebschaden der Kriegswucherei zu eifern. Es sei dabei vornehmlich betont, daß diese Kriegswucherei rechtlich nicht dasselbe ist, wie der Wucher im Sinne des § 302 RStGB. Die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 läßt bereits die objektive Feststellung der Erzielung eines „übermäßigen“ Gewinnes als Merkmal für das Vorliegen von Kriegswucher genügen. Hier wäre eine Handhabe für gerichtliches Eingreifen und Vorgehen geboten, die viel ausgiebiger bewertet werden sollte als es bis jetzt der Fall ist.

Wir werden nicht ermüden, wieder und wieder auf das Unheil warnend hinzuweisen, das sich hier zusammenzieht, ohne daß verantwortliche Stellen den Entschluß fänden, radikal zur Regelung der schon heute unhaltbaren Verhältnisse einzugreifen. Niemand beschwert sich darüber, daß er sein Teil von der Schwere der Zeit tragen muß. Aber jeder billig denkende Mensch muß in Erbitterung geraten, wenn er sieht, wie die Not von Millionen, die Entbehrung Hunderttausender sich in den unsauberen und unsittlichen Gewinnlaufender umsetzt, ohne daß wenigstens ein durchgreifender Wille zur Abstellung dieses Unwesens wirksam wird. Schon das Sichtbarwerden solchen guten Willens würde genügen, um unendlichen moralischen Schaden zu verhüten, ja wieder gut zu machen, der jetzt in der Bevölkerung zersiehend um sich frißt. Möchten doch die Herren, die in laugen Ueberlegungen und Verhandlungen von Amts wegen sich den Kopf über die Zustände unseres Lebensmittelmarktes tagaus, tagein in der Stille ihrer behüteten Amtsstuben zerbrechen, einmal in einen Berliner Metzgerladen gehen und ein halbes Pfund Rindstalg zu erstehen suchen. Früher vierzig Pfennige das Pfund, und — so sagt die Metzgergattin — „wir mußten betteln, daß es uns nur jemand abnahm“. Jetzt dasselbe Pfund eine Mark und sechzig Pfennige. Aber man kriegt höchstens ein halbes Pfund, und auch das nur, wenn man eine entsprechende Menge teureren Fleisches kauft. Wenn der Fachgeheimrat nur einmal daneben stehen würde, wie einem versorgten Weiblein, das für seine Groschen um ein viertel Pfund Rindstalg vergeblich bittet, einfach gesagt wird: „Kaufen Sie Fleisch, gibt's auch Talg“, und wie das Weiblein sich beschämt davonmacht, weil die Groschen dafür nicht reichen, so würde das vielleicht doch eindringlicher auf ihn wirken als der längste Vortrag des bedeutendsten Fleischwarenfabrikanten über unerschwingliche Kosten der Fleischwarenindustrie und die Notlage der Konservenfabriken. Und man braucht nicht etwa erst nach dem Wedding zu reisen, um das zu erleben; man kann dazu ganz in der Stille der vornehmen Wilhelmstraße bleiben.

Kleinigkeiten reden oft die lauteste und eindringlichste Sprache. Nur zwei solcher Kleinigkeiten. Eine Aktiengesellschaft für Herstellung von Wurst und Fleischwaren verteilt 30 v. H. Dividende und bezeichnet ihre Aussichten als glänzend, da auch die ersten Monate gute Ueberträge gebracht hätten. Ein Leser aus Schlesien schickt uns ein Stück des „Landeshuter Stadtblattes“, in dem er uns folgende Notiz blau anstreicht:

„Neusalza a. D., 9. Oktober. Einen hohen Reingewinn hat die Genossenschaftsmolkerei in Schlawa im letzten Halbjahr erzielt. Er beträgt nicht weniger als 62 000 M. Trotzdem hat es die Genossenschaftsmolkerei für notwendig gehalten, die Preise für Milch und Butter zu erhöhen. Das Pfund Butter, welches anfänglich

1,40 M. kostete, kostet jetzt in Schlawa 2,20 M., der Liter Milch, gegen 14 Pf. von früher, jetzt 20 Pf.“

Bauernvereine schränken auf Zeit die Milchlieferung nach einzelnen Städten ein, um den dortigen Milchhändlern eine geplante Preiserhöhung durchsetzen zu helfen. In der Nachbarschaft von Großstädten muß — ein Verbrechen zu jeder Zeit, ungeheuerlich aber zu dieser! — ein Teil des reichen Segens des Gemüsebaues untergepflügt werden, weil die Händler es nicht abnehmen, um sich die Preise nicht zu verderben. Wenn man eine Konservenbüchse öffnet, tränen einem die Augen beim Ueberdenken von Leistung und Gegenleistung. Da und dort umgehen Geschäftsinhaber die Höchstpreisvorschriften dadurch, daß sie mit Höchstpreisen belegte Waren nur abgeben, wenn die Käufer ihnen gleichzeitig Waren abkaufen, auf die keine Höchstpreise gelegt sind und für die deshalb beliebig hinaufgeschraubte Preise gefordert werden können.

Videant consules! Mögen die Behörden, die es angeht, endlich ernstlich zu ihrer Pflicht sehen! Mögen sie den besinnlichen, weltabgewandten Zustand der „Erwägungen“ verlassen und sich kurzerhand tatsächlich mit den Tatsachen befassen. „Wir wissen“, so schrieb kürzlich der frühere Abgeordnete Potthoff, „daß wir noch jahrelang auskommen können. Jetzt handelt es sich darum, daß auch die Minderbemittelten die ihnen zukommende Menge an Nahrungsmitteln kaufen können und daß möglichst wenig Benachteiligung einer Volksschicht durch eine andere eintritt.“ Jawohl, darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß wir unsere Bevölkerung materiell und moralisch in einem Stande halten, der sie fähig läßt, Krieg und Kriegszustand noch Jahr und Tag gelassen weiter zu tragen. Es handelt sich darum, daß wir unseren Krieg auskömmlich ernähren, aber nicht unseren Kriegswucher auf des Krieges Kosten weiter dick und feist werden lassen. Es handelt sich um ein Ausbrennen schwerer materieller, schwererer sittlicher Schäden und Gefahren. Es handelt sich darum, den Kriegswucher zu schwächen, um unseren Krieg zu stärken. Wieder und wieder: Gegen den Kriegswucher! Alles unserem Krieg! Nichts seinen Hyänen!